

Auszug aus: Rolf Zander, Wi(e)dersprüche, Politik in Pressezitaten seit 1968
Rediroma-Verlag (2021) ISBN 978-3-98527-039-2



Trennung von Amt und Mandat

Kein Gesäß ist so breit, dass jemand gleichzeitig
auf der Regierungsbank und einem Abgeordnetenstuhl sitzen kann

- Von den 280 Abgeordneten der Koalition [Union und FDP] befinden sich nun schon 46 in einem Regierungsamt. Die Anzahl der einfachen Koalitions-Abgeordneten ohne Amt ist jedenfalls auf 234 geschrumpft und liegt mithin deutlich unter der notwendigen absoluten Mehrheit (249 Stimmen).

[1987-3-20-ZEIT](#)

- Die Landesminister sollen nach einer Forderung des Bezirksverbandes Reinhessen-Pfalz der Jungen Union (JU) ihr Landtagsmandat zurückgeben. Auch die Kontrollfunktion, die der Landtag gegenüber der Regierung wahrzunehmen habe, erfahre damit eine Stärkung. Die Minister müssten sich als Abgeordnete nicht mehr selbst kontrollieren.

[1987-7-4/5-AZ Mainz](#)

- Hans-Otto Wilhelm hat jetzt, nachdem er sich selbst nicht mehr als Abgeordneter und Umweltminister im Weg steht, in ein Wespennest gestochen.
- Dabei folgt er mit der Forderung nach Trennung von Ministeramt und Landtagsmandat dem in der Landesverfassung verankerten Anspruch, dass die verfassungsmäßige Trennung der gesetzgebenden, rechtsprechenden und vollziehenden Gewalt unantastbar sei.
- ... zielt Wilhelm mit seinem Vorstoß auf Landesebene gegen drei Parteifreunde, die einem zum Erfolg verurteilten Landesvorsitzenden bremsend im Wege stehen könnten: die drei Bezirksvorsitzenden Rudi Geil (Abgeordneter und Innenminister), Georg Gölter (Abgeordneter und Kultusminister) sowie Carl-Ludwig Wagner (Abgeordneter und Ministerpräsident).

[1989-4-8-AZ Mainz](#)

- CDU-Partei-Reform: Ministerpräsident und Minister sollten ihre Abgeordnetenmandate im Landtag niederlegen.

[1989-9-22-SZ](#)

- Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler erhält ein parlamentarischer Staatssekretär monatlich 26 515 Mark und elf Pfennige. Neben einem Amtsgehalt von 17 500 Mark – inklusive diverser Zuschläge und Aufwandsentschädigungen – bekommt er in seiner Funktion als Abgeordneter des Deutschen Bundestages noch Bezüge von knapp 9 000 Mark.

[1991-1-24-AZ Mainz](#)

- Wahlanzeige CDU Rheinland-Pfalz: Die CDU widersetzt sich konsequent jedem Eingriff in die Gewaltenteilung.

[1991-4-12-AZ Mainz](#)

- Wenn von 398 Abgeordneten der Regierungsfraktion [CDU, FDP] 51 Minister und Parlamentarische Staatssekretäre sind – also rund 13 Prozent gleichzeitig beiden Gewalten angehören –, dann kann es mit der Eigenständigkeit der ersten Gewalt nicht mehr weit her sein.

[1992-7-17-ZEIT](#)

- Sozialdemokratische Minister und Ministerinnen in Hessen müssen ihre Landtagsmandate in Zukunft abgeben. Mit klarer Mehrheit hat ein SPD-Landesparteitag am Samstag in Gießen die Trennung von Amt und Mandat ab der nächsten Regierungsbildung (April 1995) beschlossen.

[1994-7-11-FR](#)

- Er (FDP-Chef und Außenminister) hat nie ein Hehl daraus gemacht, dass er den Beschluss des Rostocker Parteitages vom Juni für eine Trennung von Amt und Parlamentsmandat - also für den Verzicht von einen der beiden Funktionen – für Unfug hält und sein Mandat keinesfalls niederlegen wolle. Ein volles Ja zur Trennung von Amt und Mandat – aber nur, wenn auch alle anderen Parteien mitmachen.

[1994-12-6-AZ Mainz](#)

- Bundestagsvizepräsident Hans-Ulrich Klose (SPD) in einem Aufruf zur Ruhe im Parlament: Darf ich um Ruhe bitten? Das gilt auch für Regierungsmitglieder.
- Solange Sie stehen, sind Sie Abgeordnete.

[1995-11-10-AZ Mainz](#)

- Kein Gesäß ist so breit, dass jemand gleichzeitig auf der Regierungsbank und einem Abgeordnetenstuhl sitzen kann (Der Staatsrechtler und ehemalige Kultursenator Ingo von Münch in einem Plädoyer für die strikte Trennung von Amt und Mandat, etwa bei Bundesministern und Bundestagsabgeordneten).

[1998-1-26-Spiegel](#)

- Scharf kritisierte er (Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim), dass etliche Vertreter der Exekutive wie Minister, Bürgermeister und Landräte auch dem Parlament angehören,
- das sie kontrollieren sollen.

[1998-5-5-AZ Mainz](#)

- Führende Politiker von Bündnis 90 / Die Grünen haben ihre Partei zum Verzicht auf den Grundsatz der Trennung von Amt und Mandat aufgefordert. Kritik kam aus den Landesverbänden, wo der Widerstand gegen die geplante Aufgabe eines grünen Urprinzips besonders heftig ausfiel. Der Streit bei den Grünen hatte sich am Wunsch des Bundesvorstandes entzündet, dass die drei Bundesminister aus den eigenen Reihen – Andrea Fischer (Gesundheit), Joschka Fischer (Auswärtiges) und Jürgen Trittin (Umwelt) – ihr Bundestagsmandat behalten sollten.

[1998-10-24-AZ Mainz](#)

- Es gehe aber nicht an, dass Exminister, die nun Abgeordnete seien, neben ihren Diäten hohe Übergangsgelder bekämen. Ehemalige Kabinettsmitglieder müssen als Parlamentarier nicht resozialisiert werden.

[1998-11-25-AZ Mainz](#)

- Kanzlerin Angela Merkel hat bei ihrem Besuch in der Türkei an Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan appelliert, an rechtsstaatlichen Prinzipien und demokratischen Grundsätzen festzuhalten. In der Türkei müsse alles dafür getan werden, dass die Gewaltenteilung, die Meinungsfreiheit und die Vielfalt der Gesellschaft weiter gewahrt seien, sagte Merkel.

[2017-2-3-SZ](#)

- Dobrindts Doppelämter: Im Verkehrsministerium hatten sie vor der Entscheidung Dobrindts die Rechtslage eingehend geprüft. Demnach steht weder das Grundgesetz noch das Bundesministergesetz einer Doppelfunktion Dobrindts entgegen.
- Als Abgeordneter und Minister ist er ja schon jetzt sowohl Teil der Legislative als auch der Exekutive.
- Lediglich die Geschäftsordnung der CSU-Landesgruppe stand der Doppelfunktion bisher im Weg.
- Deshalb hat die CSU-Landesgruppe bei ihrer Sitzung am ... diesen Passus gestrichen.

[2017-9-22-SZ](#)

- Karlsruhe hatte in einer ganzen Reihe von Urteilen dargelegt: Die Abgeordneten sind zur öffentlichen Kontrolle der Regierung berufen!
- Das funktioniert aber nicht, wenn die Regierung Auskünfte verweigert und wenn sie die kleinen Anfragen behandelt wie große Störungen.
- Die Regierung hat eine Auskunftspflicht, kein Ausfluchtrecht; sie hat auch kein Abwimmelrecht und kein Einigelrecht.

[2017-11-8-SZ](#)

- Der 48-Jährige [Habeck, Grüne] kündigte an, sein Ministeramt nach einer Übergangsphase aufzugeben. So eine Übergangsphase müsse pi mal Daumen ein Jahr lang sein.
- Ganz unproblematisch aber wäre das nicht. An der grünen Parteispitze gilt die Trennung von Amt und Mandat.

[2017-12-11-SZ](#)